

# Die Mauer soll kommen

Trump mit Entwurf des neuen Einwanderungsgesetzes zufrieden.

**WASHINGTON** „Securing America's Future Act“ heißt das neue Einwanderungsgesetz, von dem die Republikaner im US-Kongress einen Entwurf vorlegten. Das Gesetzspaket sehe die Abschaffung der Green-Card-Verlosung und eine bessere Grenzsicherung vor, etwa die gesicherte Finanzierung der von Präsident Donald Trump geforderten Mauer an der Grenze zu Mexiko, erklärte der Vorsitzende des Justizausschusses im Repräsentantenhaus, Bob Goodlatte. Außerdem solle der Nachzug von Familienmitgliedern von Einwanderern eingeschränkt werden. Das Gesetzspaket sieht laut Goodlatte auch vor, gegen sogenannte Sanctuary Cities (Zufluchtsort-Städte) vorzugehen, die nicht an der juristischen Verfolgung von illegal Eingewanderten mitwirken. Nicht enthalten ist jedoch eine spezielle Regelung zur Einbürgerung der sogenannten Dreamers (Träumer), also Menschen, die als Kinder illegal in die USA gekommen waren.

Trump habe den Gesetzesentwurf als „Startpunkt für die Korrektur der Fehler in unserem Einwanderungssystem“ bezeichnet, informierte Goodlatte am Donnerstag. Der Entwurf dürfte kaum unverändert verabschiedet werden. Selbst wenn er das Repräsentanten-



US-Präsident Donald Trump unterzeichnete am Donnerstag Gesetzesnovellen. Der Entwurf zum neuen Einwanderungsgesetz war noch nicht dabei. REUTERS

haus passierte, würde ihm im Senat ein Scheitern drohen, weil er dort von mindestens neun Demokraten mitgetragen werden müsste.

## Atomabkommen mit Iran

Trotz Trumps Kritik am internationalen Atomabkommen mit dem Iran haben die Außenminister von Deutschland, Frankreich und

Großbritannien ihrem iranischen Kollegen Dschawad Sarif ihre fortwährende Unterstützung des Abkommens bekundet. Zugleich forderten die drei EU-Außenminister Trump auf, nicht auszusteigen. Trump kündigte das Abkommen zwar zunächst nicht auf, verlangte vom Kongress aber eine Überarbeitung des Vertrags.

## Letzter Sondierungstag mit „dicken Brocken“

**BERLIN** Die Sondierungsgespräche der Union mit der SPD über eine große Regierungskoalition in Deutschland gingen am Donnerstag in die Endrunde. Bis zuletzt haben Angela Merkel (CDU), Martin Schulz (SPD) und Horst Seehofer (CSU) um Kompromisse gerungen. Die Unterhändler der drei Parteien mussten in ihrer voraussichtlich letzten Sondierungsrunde noch „dicke Brocken“ bei den Themen Steuer und Finanzen sowie Migration und Flüchtlingsnachzug, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Pflege, Renten und Europa aus dem Weg räumen. SPD-Chef Martin Schulz

rückte zum Auftakt der Gespräche auch die Europapolitik in den Mittelpunkt: „Wenn wir in eine solche Regierung eintreten, dann unter der Bedingung, dass sie Europa stark macht.“ Er wie auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zeigten sich zuversichtlich, dass die Gespräche erfolgreich abgeschlossen werden könnten. Ergebnisse werden am Freitag erwartet.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erinnerte SPD und Union an ihre Verantwortung. Sie seien nicht nur ihren Parteien verpflichtet, sondern auch Europa und der internationalen Politik.



**Kommentar**  
Arnulf Häfele

## Leuchtturm gesucht

Der Lack bröckelt schon nach kurzer Zeit. Die versprochenen Leuchtturmprojekte sind im Nebel entschwinden, nicht mehr zu finden. Und der neue Stil? Kurz und Strache wollten fertige Projekte vorlegen und den Streit auf offener Bühne vermeiden. Das sei

„Man kann sich ein Lächeln nicht verkneifen.“

das schlimme Markenzeichen der großen Koalition gewesen. Über diesen ehrsamem Vorsatz sind sie aber schon beim ersten Vorhaben gestolpert. Über die Frage, ob der Staat auf das Vermögen eines Langzeitarbeitslosen zugreifen dürfe, wie das Schwarz-Blau vereinbart haben, streiten die Regierungsmitglieder in aller Öffentlichkeit wie die Karrenzieher.

Sebastian Kurz sagt, wir greifen auf das Vermögen zu, die zuständige Sozialministerin Beate Hartinger erklärt, ein Zugriff auf das Vermögen kommt überhaupt nicht in Frage. Dann sagt Kurz, wir bleiben dabei und holen uns sein Vermögen, die Sozialministerin erklärt, der Kanzler hat doch recht. Dann verkündet sie am nächsten Tag doch wieder: Nein, nein, wir greifen nicht zu. Nun treibt das Theater dem Höhepunkt zu. Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache demontieren ihre Sozialministerin und entziehen ihr vor offenem Vorhang das Projekt Arbeitslosengeld. Das wird nun nicht mehr von der zuständigen Sozialministerin Hartinger, sondern vom unzuständigen schwarzen Kulturminister und vom unzuständigen blauen Verkehrsminister betreut. Bis zum Jahresende wird eine Arbeitsgruppe ein Konzept vorlegen. Man kann sich ein Lächeln nicht verkneifen. Arbeitsgruppen galten für Kurz und Strache im-

mer als Inbegriff der Hilflosigkeit im Uraltstil der großen Koalition. Zu alledem rebellieren auch noch die FPÖ-Landeschefs von Tirol und Kärnten gegen das Vorhaben des eigenen Vizekanzlers. Blaue Kameraden reden sogar von Verrat an den freiheitlichen Wählern.

Um auf das Vermögen eines Langzeitarbeitslosen zugreifen zu können, muss die schwarzblaue Mehrheit die Notstandshilfe abschaffen, die vom Bund bezahlt wird. Dann würde der Arbeitslose direkt nach dem Ende des Arbeitslosengeldes in die Mindestsicherung überführt, die von den Ländern bezahlt werden muss. Der neue Stil von Kurz und Strache besteht also nur darin, die Kosten vom Bund weg zu den Ländern zu schaufeln. An diesem Punkt betritt nun Markus Wallner noch die Bühne, um der Tragikomödie eine weitere Facette zu geben. Eine einseitige Verschlebung der Notstandshilfe in die Mindestsicherung komme für ihn nicht infrage. Er würde in einem solchen Schritt lediglich eine Umverteilung der Lasten vom Bund auf die Länder und Gemeinden sehen. Dieser Standpunkt ist zwar vernünftig, aber auch sehr delikant. Schließlich hat der Landeshauptmann in seiner Verehrung für Sebastian Kurz diesem blindlings alle Vollmachten erteilt und auch den schwarz-blauen Regierungspakt abgesegnet.

Wie das Stück voller Intrigen ausgeht, ist noch nicht absehbar. Wir können nur mit Bert Brecht sagen: „Wir stehen selbst enttäuscht und seh'n betroffen den Vorhang zu und alle Fragen offen.“

**ARNULF HÄFELE**  
arnulf.haefele@vn.at

Arnulf Häfele ist Historiker und Jurist. Er war langjähriges Mitglied des Vorarlberger Landtags.

### FRAGE DES TAGES

Finden Sie den Plan eines jährlichen Steuerbonus von 1500 Euro pro Kind gut?

Ja **77%**  
Nein **23%**  
740 Teilnehmer

**HEUTIGE FRAGE** Innenminister Kickl will Flüchtlinge in staatlichen Zentren unterbringen. Ist das gut?

Antwortmöglichkeiten bis 19 Uhr auf [fragedestages.vol.at](http://fragedestages.vol.at)

## Bulgarien will Euro und Schengenraum

**SOFIA** Bulgariens Regierung drängt in die Eurozone. Schon in den nächsten sechs Monaten, während Bulgarien den EU-Ratsvorsitz innehat, will es sich um die Aufnahme in die Gemeinschaftswährung bewerben. Zudem fordert die Regierung in Sofia die Aufnahme in die Schengenzone ohne Grenzkontrollen. Bedenken anderer EU-Staaten weist Ministerpräsident Boiko Borissow zurück: Sein Land erfülle in beiden Fällen die Kriterien. „Wir haben unsere Hausaufgaben für die Eurozone gemacht“, sagte der Regierungschef. Was Schengen betreffe, fühle sich Bulgarien bereits quasi dazugehörig, denn es sichere die EU-Außengrenze zur Türkei.

### INHALT

Wohin	E1-6
Leserbriefe	D6
Kino	E6
Chronik	B4
Notdienste	E3
Todesanzeigen	B4-8
TV-Programm	B10
Impressum	C7
Leserservice	C9
Sudoku	C7
Kreuzworträtsel	C8

**VN-HINTERGRUND.** Politologe Hüseyin Cicek über die schwierigen Beziehungen zwischen der Türkei, der EU und den USA

## Situation verschärft sich täglich

Politischer Wendepunkt: Ankara, Brüssel und Washington.

**BREGENZ** Politische Auseinandersetzungen sind nichts Ungewöhnliches zwischen Nationalstaaten. Das gegenwärtige Zerwürfnis zwischen Ankara, Brüssel und Washington ist jedoch mehr als signifikant. Täglich verschärft sich die Situation. Die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, wird kaum zu einer Verbesserung der politischen Beziehungen führen. Gleichzeitig muss Präsident Erdogan die zwischen Ankara, Brüssel und Washington vorherrschende Zwietracht diplomatisch mit neuen Bündnispartnern kompensieren. Es scheint, dass die neuen Verbündeten nicht im Westen zu finden sind. Ankaras Entscheidung, S-400-Raketen aus chinesischer und russischer Produktion zu kaufen, um dadurch den türkischen Luftraum besser verteidigen zu können, sorgte innerhalb der Nato für großes Unbehagen. Schon während des



Erdogan sucht neue Verbündete. REUTERS

Syrienkrieges zeichnete sich die immer stärker sichtbar werdende Diskrepanz der Interessens- und Sicherheitspolitik ab. Für Washington hatte die Zerschlagung der dschi-

### ZUR PERSON

**HÜSEYİN CİCEK**  
Der Vorarlberger Politikwissenschaftler und Religionspolitologe Hüseyin I. Cicek ist u. a. wiss. Mitarbeiter am Erlanger Zentrum für Islam & Recht in Europa, Türkei-Experte und Integrations- u. Radikalisierungsforscher.



hadistischen Terrororganisation IS höchste Priorität, während in Ankara die militärische Unterstützung der Kurden durch Washington sowie europäische Staaten als eine die eigenen Sicherheitsinteressen im höchsten Maße bedrohende Entwicklung verbucht wurde. Dies führte dazu, dass der türkische Staat die Militärbasis Incirlik für die Koalitionstruppen erst ab 2015 zur Verfügung stellte. Mittlerweile mehrten sich die Stimmen in Washington und Brüssel, eine Alternative zur Nato-Militärbasis in der Türkei zu etablieren.

### Diplomatische Krise

Parallel dazu verschlechterten sich auch die Beziehungen zur Europäischen Union und vor allem zu Deutschland, unabhängig von den Herausforderungen in Syrien. Die Armenier-Resolution des deutschen Bundestags, die verzögerte solidarische Reaktion Berlins auf den gescheiterten Putsch sowie die Inhaftierung deutscher Journalisten im Zuge des fehlgeschlagenen Coups führte zu einer politischen Eiszeit. Ein Höhepunkt der diplo-

matischen Krise war, als Berlin der AKP sowie türkischen Ministern Wahlauftritte auf deutschem Territorium verbieten ließ. Prompt kam die Antwort von Erdogan persönlich, der die Einwanderungsgesellschaft in Deutschland dazu aufrief, nicht für die „Feinde der Türkei“ zu stimmen. Auch die fehlgeschlagene Visafreiheit für türkische Bürger sorgte für weitere Spannungen. Für Ankara eine weitere Demütigung und für Brüssel eine Notwendigkeit. Ankara wäre gut beraten, die Beziehungen zu Brüssel und Washington nicht abrupt aufzulösen. Nicht nur aus ökonomischen, sondern auch und vor allem aus geo- und sicherheitspolitischen Gründen. Bestätigt sich der Eindruck im Westen, dass die Türkei als Nato-Partner nicht mehr tragbar ist und die Allianz aufgekündigt wird, so könnte sie sich im Falle einer wirklichen Notsituation nicht mehr auf den Bündnisfall beziehungsweise Artikel fünf der Nato-Charta berufen. Die Differenzen zwischen Ankara, Brüssel und Washington bergen große Gefahren für alle und sollten daher abgebaut werden.